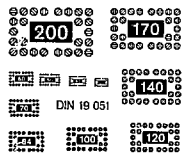

Materialien

Thesen zur Nord-Süd-Politik.

Sozialdemokratische Orientierungspunkte.

SPD

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

Inhaltsverzeichnis

		Seite
These 1	Internationale Solidarität als Grundlage sozialdemokratischer Nord-Süd-Zusammenarbeit	3
These 2	Entwicklungszusammenarbeit als Friedenspolitik	3
These 3	Selbstbestimmung der Entwicklungsländer und gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung	3
These 4	Reform der internationalen Währungsinstitutionen	4
These 5	Umweltgerechte Entwicklungspolitik	4
These 6	Beseitigung der absoluten Armut	5
These 7	Konzentration auf die unterentwickeltsten Länder und ärmeren Bevölkerungsschichten	5
These 8	Wahrung der grundlegenden Menschenrechte	6
These 9	Entkolonialisierung	6
These 10	Unterstützung von Befreiungsbewegungen und Gewerkschaften	7
These 11	Abbau der hohen Rüstungsausgaben	7

C85-452

Vorwort

Die vorliegenden Thesen zur Nord-Süd-Politik sind vom „Arbeitskreis Dritte Welt" ausgearbeitet worden, der vom Bezirk Mittelrhein der SPD ins Leben gerufen worden war und in dem heute fast alle Bezirke unserer Partei vertreten sind. Diese Thesen lagen dem „Nord-Süd-Forum" der SPD am 16./17. Februar 1984, der zweiten bundesweiten Veranstaltung der SPD zu Fragen unserer Beziehungen zur Dritten Welt seit 1977, zur Diskussion vor. Sie stellen keine zusätzlichen Beschlüsse der Partei dar, sondern fassen die sozialdemokratische Haltung zur Nord-Süd-Politik, die auf den Parteitagen von 1977, 1979 und 1982 entwickelt worden sind, zusammen, erläutern und präzisieren sie. Sie zeigen die Grundlagen sozialdemokratischer Nord-Süd-Politik, unsere Forderungen an eine leistungsfähige, gerechte und soziale Weltwirtschaft und die Orientierungen sozialdemokratischer Entwicklungspolitik auf.

Dr. Uwe Holtz, MdB
Stellvertr. Vorsitzender der Kommission für Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik beim Parteivorstand

These 1

Internationale Solidarität als Grundlage sozialdemokratischer Nord-Süd-Zusammenarbeit.

Sozialdemokratische Nord-Süd-Politik versteht sich als Teil internationaler Friedenspolitik. Ihr Beitrag gegen Unterdrückung, Ausbeutung, Hunger sowie eine ungerechte Wirtschafts- und Sozialordnung ist Teil der weltweiten Entspannungspolitik, für die Sozialdemokraten bereits im Godesberger Programm eingetreten sind.

Aus ihrem Kampf um die Rechte der Arbeiter wissen die Sozialdemokraten, daß karitative Hilfen alleine keine Probleme lösen können, die durch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen verursacht werden. Solidarität mit den Schwachen und Unterprivilegierten darf nicht an den nationalen Grenzen haltmachen. Internationale Solidarität bewährt sich gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten.

Inzwischen ist klar, daß die massiven Probleme als Folge der ungleichen Verteilung von Not und Reichtum keinen wesentlichen Politikbereich unberührt lassen. Die SPD muß dazu beitragen, die Verengung der Diskussion über unser Verhältnis zur Dritten Welt auf Fragen der Entwicklungshilfe zu überwinden und seine wesentlichen Verflechtungen mit den Bereichen Frieden und Abrüstung, Energieverschwendung und Energieknappheit, Nahrungsmittelüberschuß und Nahrungsmittelmangel, Bildung und Unwissenheit, Produktivitätssteigerung und Arbeitslosigkeit, Wachstum und Umweltzerstörung zu ihrer Grundlage zu machen. Erst eine solch umfassende Politik bietet die Aussicht auf Erfolg bei der Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, das im wesentlichen die Folge der Armut ist. Verwirklichung der Menschenrechte ist somit für Sozialdemokraten in einem umfassenden Sinne zu verstehen und erstreckt sich auf die bürgerlichen und sozialen Menschenrechte sowie auf das der Entwicklung.

Erläuterungen:
Wie schwierig es in der Praxis ist, internationale Solidarität auch konsequent umzusetzen, zeigt sich z.B. darin, daß in den letzten Jahren immer stärker der kurzfristige wirtschaftliche Vorteil der Entwicklungshilfe auch für die Bundesrepublik hervorgehoben wurde. Zwar sollte auf diese Weise auch in breiteren Bevölkerungsschichten der Bundesrepublik mehr Verständnis für die Entwicklungspolitik geweckt werden, doch hatte dies den Nachteil, daß sich ein Großteil der Projekte mehr an den deutschen Lieferinteressen – und denen der herrschenden Schichten in den Entwicklungsländern – als an den tatsächlichen entwicklungspolitischen Bedürfnissen des jeweiligen Entwicklungslandes orientierte.

Die derzeitige Politik der konservativ-liberalen Bundesregierung bedeutet praktisch die Wiedereinführung der Lieferbindung in der Entwicklungszusammenarbeit und damit durch Voranstellen der Eigeninteressen eine wesentliche Qualitätsreduzierung. Entwicklungszusammenarbeit kann lediglich langfristig dazu beitragen, daß die Entwicklungsländer für uns zu stabilen und wichtigen Handelspartnern im Rahmen einer neuen Weltwirtschafts- und Sozialordnung werden. Die derzeitigen Wirtschaftsprobleme der Bundesrepublik lassen sich nur durch eine Vielzahl von Maßnahmen angehen.

These 2

Entwicklungszusammenarbeit als Friedenspolitik

Entwicklungszusammenarbeit soll dazu beitragen, das weltweite Wohlstandsgefälle und damit Spannungen zwischen den Völkern in Nord und Süd, aber auch innerhalb der Entwicklungsländer abzubauen. Somit leistet sozialdemokratische Entwicklungspolitik auch einen Beitrag zur Friedenssicherung und trägt den engen wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen von Nord und Süd Rechnung, die ihre direkten Auswirkungen auch auf die Bundesrepublik haben.

Erläuterungen:
Krisenherde in der Dritten Welt werden oft durch wirtschaftliche Schwierigkeiten eines Entwicklungslandes verursacht, indem es zu innenpolitischen Machtkämpfen kommt, von den eigenen Schwierigkeiten durch riskante außenpolitische Manöver abgelenkt werden soll oder indem das jeweilige Land sich durch Anschluß an einen anderen Machtblock wirtschaftliche Unterstützung erhofft. Aufgrund der weltweiten wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen können diese Konflikte auch direkte Auswirkungen auf die Bundesrepublik durch Unterbrechung wichtiger Handelsströme (z.B. Erdölversorgung) oder die Verwicklung befreundeter Staaten in die Auseinandersetzung (Frankreich im Tschad, Großbritannien auf den Malvinen/Falklandinseln) haben.

These 3

Selbstbestimmung der Entwicklungsländer und gerechte Weltwirtschafts- und Sozialordnung

Die eigenen Anstrengungen spielen für die meisten Entwicklungsländer die entscheidende Rolle bei der Befreiung aus der Armut. Um hierzu günstigere Startbedingungen zu schaffen, wird es in Zukunft entscheidend darauf ankommen, gemeinsam die Grundzüge einer gerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung, die an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit in den Staaten von Süd und Nord ausgerichtet ist, zu entwickeln und zu realisieren, wobei Zugeständnisse seitens der Industriestaaten hinsichtlich des Abbaus entwicklungshemmender Faktoren nicht noch länger hinausgezögert werden dürfen. Handel zu gleichberechtigten Bedingungen ist auf die Dauer wichtiger als Hilfe. Ziel dieser Entwicklungszusammenarbeit muß es sein, die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der Entwicklungsländer zu fördern und keine neuen Abhängigkeiten zu schaffen. Nur dann kann von den Entwicklungsländern auch glaubwürdig gefordert werden, daß sie die Bemühungen zum Abbau ihres oft extremen Wohlstandsgefälles durch Realisierung grundlegender innerer Reformen verstärken. Darüber hinaus ist auch eine verstärkte Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander (Süd-Süd-Kooperation) unter Einschluß der ärmsten Länder anzustreben.

Erläuterungen:
Die Verfolgung eines eigenständigen Entwicklungsweges in der Dritten Welt ist in der Vergangenheit durch die westlichen Industriestaaten weitgehend verhindert worden. Hierdurch prallten die Wertvorstellungen traditioneller Kulturen und die des modernen Industriezeitalters unvermittelt aufeinander, wobei vor allem die ärmeren Bevölkerungsschichten unter dieser Entwurzelung zu leiden haben, da ihnen ihr angestammter Lebensraum genommen wurde.

Auch die raubbauartige Ausbeutung der Rohstoffe zur Deckung vor allem der Nachfrage in den Industriestaaten hat diesen Prozeß verstärkt und vielfache Umweltprobleme verursacht. Angesichts zukünftig geringerer realer Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts (BSP) sowie vermutlich längerfristig bestehender Beschäftigungsprobleme in den Industriestaaten kann die stärkere Würdigung der eigenständigen Wertvorstellungen in den Entwicklungsländern auch für die Industriestaaten eine ideelle Bereicherung darstellen.

Die Verwirklichung einer gerechten Weltwirtschafts- und Sozialordnung bedeutet u. a., daß sich die Industrieländer in ihrem Verhältnis zu den Entwicklungsländern bereitfinden müssen, für deren Produkte gerechte Preise zu zahlen, ihre eigenen Subventionen für konkurrierende Produkte abzubauen, ihre Zollschranken für Produkte der Entwicklungsländer aufzuheben, aber Schutzzölle auf Seiten der ärmeren Entwicklungsländer zu tolerieren.

These 4
Reform der internationalen Währungsinstitutionen

Angesichts einer lawinenartig angewachsenen Schuldenlast der Dritten Welt sind Veränderungen im internationalen Währungssystem durch tiefgreifende Reformen in den internationalen Währungsinstitutionen von vorrangiger Bedeutung.

Rigorose Auflagen des Internationalen Währungsfonds (IWF), die der sozialen und politischen Lage der Empfängerländer nicht angepaßt sind und meist zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsschichten gehen, sollten in Anlehnung an die beiden Berichte der Nord-Süd-Kommission abgelehnt werden. Statt dessen wird gefordert, daß der IWF die Auflagen stärker an die Gegebenheiten der betreffenden Länder anpaßt, erheblich höhere Kredite mit geringen Auflagen zur Verfügung stellt und bei der Formulierung der Ratschläge mehr Nachdruck auf Produktion, qualitatives Wachstum, Beschäftigung und gleichmäßige Einkommensverteilung gelegt wird.

Erforderlich ist ferner, die Entscheidungs- und Verfügungsgewalt über IWF-Kredite dahingehend zu verändern, daß die Mitwirkung der Entwicklungsländer verstärkt wird und die Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Japans und der Bundesrepublik ihre bevormundende Rolle zur Durchsetzung einer neokonservativen Politik in den internationalen Organisationen aufgeben.

Nur durch diese Maßnahmen kann auch sichergestellt werden, daß die politische und wirtschaftliche Souveränität der Mitgliedsländer aus der Dritten Welt nicht wie bisher völlig in Frage gestellt wird.

Erläuterungen:
Die Reagan-Administration versucht zusehends, den hohen amerikanischen Finanzierungsanteil an den internationalen Organisationen zur Verwirklichung ihrer politischen Vorstellungen zu mißbrauchen. So setzte die amerikanische Regierung im IWF durch, daß Chile, Südafrika und andere die Menschenrechte verletzende Staaten beträchtliche Zahlungsbilanzhilfen erhielten, während Ländern, die wie z. B. Nicaragua einen eigenständigen sozialistischen Weg einschlagen wollen, Zusagen verweigert werden. Gleichzeitig werden außerdem die Mittel für die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) der Weltbankgruppe gekürzt, obwohl gerade diese Organisation wichtige Projekte für die ärmsten Entwicklungsländer finanziert.

Grundsätzlich ist die Anregung des 2. Berichts der Nord-Süd-Kommission aufzugreifen, wichtige Initiativen zum Nord-Süd-Dialog notfalls auch ohne Teilnahme einzelner wichtiger Industriestaaten wie z. B. der USA zu beginnen, um einen möglichen Stillstand der internationalen Verhandlungen zu verhindern.

These 5
Umweltgerechte Entwicklungspolitik

Ökologiepolitik und Nord-Süd-Politik gehören zusammen in ihren Wechselwirkungen; sie sind wichtige Politikfelder zur Gestaltung unserer Zukunft. Im globalen „Öko-System Welt" bedingen Überflußgesellschaft und Armutsgesellschaft, Überindustrialisierung und Unterindustrialisierung und zunehmende Verschwendung von Rohstoffen und deren gleichzeitige Verknappung einander. Die Lösung liegt nicht darin, daß wir die bei uns zunehmenden Umweltprobleme in die Dritte Welt exportieren. Der Schutz der natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer ist vielmehr grundlegende Bedingung für die langfristige Sicherung ihrer Existenz.

Armutbeseitigendes und arbeitsplatzschaffendes Wachstum ist dabei weiter erwünscht und möglich. Allerdings sollten bereits erprobte Alternativen (z. B. Ökofarming) zur bisher vorwiegend exportorientierten kommerziellen Landwirtschaft ernsthafter als bisher verfolgt werden. Entscheidend für eine umweltgerechte Landwirtschaft ist eine Anpassung an die jeweiligen lokalen und regionalen Produktionsbedingungen sowie die Nutzung vorhandenen Wissens und die Einbeziehung neuer Erkenntnisse.

Auch im Bereich der Energieversorgung verdienen umweltgerechte Technologien höchste Priorität. So muß die Nutzung heimischer und erneuerbarer Energiequellen Vorrang vor der Einfuhr von Primärenergieträgern haben, ohne daß die Befriedigung anderer Grundbedürfnisse (Gefahr der Fehlverwendung von Ackerbau) hierdurch beeinträchtigt wird.

Die Energieversorgung muß besonders für die ländlichen Regionen geeignet sein, um der derzeitigen Knappheit an Holz als Brennmaterial entgegenzuwirken. Parallel dazu müssen Rekultivierungs- bzw. Aufforstungsmaßnahmen in verstärktem Maße durchgeführt werden. In Verfolgung des Konzepts einer dezentralen Energieerzeugung haben Klein- und Mittelkraftwerke Vorrang vor Großanlagen. Der Export von Energietechnologie in Entwicklungsländer darf nicht zur Entstehung neuer dauerhafter und einseitiger Abhängigkeiten führen.

Erläuterungen:
Tropische Ökosysteme weisen eine besonders hohe natürliche Empfindlichkeit auf. Darüber hinaus haben die spezifischen Formen vor allem der vorwiegend exportorientierten kommerziellen Landwirtschaft zu besonders gravierenden ökologischen Fehlentwicklungen geführt, wie z. B. im Nordosten Brasiliens oder der Amazonasregion. Durch die ausgewogene Einbeziehung aller Nutzpflanzen und Haustiere einer landwirtschaftlichen Betriebseinheit und Maßnahmen wie gezielter Fruchtwechsel sowie die Berücksichtigung der Wechselwirkungen von Mischkulturen können ökologisch unverantwortliche Tendenzen wirksam bekämpft werden. Im Zentrum der bisherigen Energiepolitik der Industriestaaten gegenüber den Ländern des Südens stand und steht der Transfer hochentwickelter und auf Großproduktion und -abnahme gerichteter Technologie. Darüber hinaus haben die verstärkte Nutzung natürlicher Brennstoffe (Holz, Dung) z. T. zu Umweltschäden riesigen Ausmaßes geführt. Die Entwicklung einfacher, lokal herzustellender und anzuwendender Technologien kann auch beim Brennstoffverbrauch noch zu einem erheblich höheren Nutzungsgrad und damit wirksamen Einsparungen beitragen. Die verstärkte Gewinnung von Wasserkraft, Wind- und Geothermalenergie erscheint angezeigt. Die Verwendung potentieller neuer Technologien muß dabei aber in erster Linie auf die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung ausgerichtet sein.

These 6
Beseitigung der absoluten Armut

Entwicklungszusammenarbeit versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe und soll dazu beitragen, menschenwürdige Lebensbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern zu ermöglichen.

In der praktischen Umsetzung muß das oberste Ziel die Beseitigung der absoluten Armut in den Entwicklungsländern durch die Befriedigung der Grundbedürfnisse der ärmeren Bevölkerungsschichten in den Bereichen Nahrung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit und Bildung sein. Gleichzeitig sollen durch die Förderung möglichst arbeitsintensiver Produktionsverfahren dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen und damit ausreichende Einkommen gesichert werden.

Hierbei kommt der Mobilisierung der Produktivkräfte der ärmeren Bevölkerung und deren aktive Teilnahme am Entwicklungsprozeß zentrale Bedeutung zu, wobei bei frauenrelevanten Projekten Frauenbewegungen oder -initiativen in den Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen sind.

Außerdem ist der verstärkte Einsatz angepaßter Technologien, insbesondere im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit, vorzusehen.

Erläuterungen:
In den Jahren der sozialliberalen Bundesregierung wurden im Bereich der Grundbedürfnisdeckung bereits wichtige Initiativen ergriffen, allerdings bewirkten vor allem die Koalitionszwänge durch außenwirtschaftliche und außenpolitische Beeinflussungen ein immer stärkeres Auseinanderklaffen von Anspruch und Wirklichkeit sozialdemokratischer Entwicklungspolitik. Daher wird insbesondere an die entwicklungspolitischen Beschlüsse der SPD von 1977 (Hamburg), 1979 (Berlin) und 1982 (München) erinnert. Gleichzeitig wird die Bedeutung des gemeinsamen Beschlusses aller Fraktionen im Deutschen Bundestag zur Entwicklungspolitik vom 5. 8. 1982 hervorgehoben, in dem vor allem die Bekämpfung der absoluten Armut als vorrangiges Ziel festgeschrieben wurde. Es ist zu hoffen, daß die derzeitige konservativ-liberale Bundesregierung in ihrer praktischen Entwicklungspolitik zu dieser gemeinsamen Basis wieder zurückfindet und damit möglicher Schaden in der Entwicklungszusammenarbeit vermieden wird.

Die Dringlichkeit der Beseitigung der absoluten Armut wird dadurch verdeutlicht, daß das Pro-Kopf-Einkommen in den Industriestaaten 1970 im Druchschnitt 5560 $ und 1978 6880 $ betrug, das der Entwicklungsländer (ohne Ölexporte) aber 1970 lediglich 430 $ und 1978 560 $, d. h. das Verhältnis von 1 : 12,9 in 1970 veränderte sich nur auf 1 : 12,3 in 1978, während sich der absolute Abstand von 5130 $ auf 6320 $ erhöhte. Noch dramatischer ist die Entwicklung im Vergleich zwischen Industriestaaten und den ärmsten Entwicklungsländern. In dramatischer Weise unterstreichen diese Zahlen die Feststellung von Helmut Schmidt, der am 5. April 1982 vor dem Hamburger Übersee-Club bekannte: „Wir wissen, daß der Versuch, die Geburtenraten zu senken, ohne Anhebung des wirtschaftlichen Wohlstandes ein hoffnungsloses Unterfangen bleiben wird; denn Armut und Bevölkerungswachstum sind miteinander verknüpft. Es gilt leider der Satz: zu große Armut bringt zu viele Kinder."

These 7
Konzentration auf die unterentwickeltsten Länder und ärmeren Bevölkerungsschichten

Sozialdemokratische Entwicklungszusammenarbeit soll sich primär auf die ärmsten und die ärmsten Entwicklungsländer konzentrieren, wobei vor allem jene Staaten zu unterstützen sind, die sich in ihrer Entwicklungsstrategie verstärkt um eine Verbesserung der Lebenssituation der bisher benachteiligten Bevölkerungsmehrheit bemühen. In Verfolgung dieser Zielsetzung ist es anzustreben, den Anteil der bilateralen Zusammenarbeit mit den ärmsten Entwicklungsländern bis 1985 auf mindestens 0,15 % des Bruttosozialprodukts (BSP) zu erhöhen und spätestens bis Ende 1988 das von der Bundesrepublik international anerkannte Ziel der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit von 0,7 % des BSP zu erreichen. Mehr öffentliche Entwicklungshilfe reduziert die Schuldendienstbelastungen der Entwicklungsländer.

Erläuterungen:
Angesichts des weiter zunehmenden Hungers und

Elends in den Entwicklungsländern muß auch unter den jetzigen wirtschaftlichen Bedingungen die Erreichung des 0,7%-Ziels von der Bundesregierung ernstlich verfolgt und endlich realisiert werden. Erst unter erschwerten Bedingungen zeigt sich die Ernsthaftigkeit der Solidarität mit den Schwächeren. Die sozialliberale Bundesregierung hatte hier bereits wichtige Akzente gesetzt, so daß 1982 mit 0,48% des BSP der bisher höchste Beitrag erzielt wurde und 0,12% des BSP auf die ärmsten Entwicklungsländer entfielen.

Allerdings muß jegliche Aufstockung des Entwicklungshilfehaushaltes auch tatsächlich unter entwicklungspolitischer Zielsetzung und nicht als Mittel indirekter Exportförderung erfolgen. Der Qualität der Entwicklungszusammenarbeit ist oberste Priorität einzuräumen, denn nur dann kann eine Verbesserung der konkreten Lebenssituation der ärmeren Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern erreicht werden. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) darf nicht noch weiter zu einer Exportförderungsinstitution umfunktioniert werden.

Auch ist mit Sorge festzustellen, daß die konservativ-liberale Bundesregierung durch die starke Anbindung an das neokonservative Weltbild der derzeitigen US-Regierung die Entwicklungszusammenarbeit immer stärker in den Ost-West-Konflikt hineinzieht. Dies gipfelt in einer neuartigen Hallstein-Doktrin, die die Vergabe der Entwicklungshilfe von dem politischen Wohlverhalten der Entwicklungsländer gegenüber den westlichen Industriestaaten abhängig macht und dabei völlig unberücksichtigt läßt, daß die innenpolitische Situation vieler dieser Staaten durch extreme soziale Ungerechtigkeiten und schlimmste Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet ist. Demgegenüber werden in Verfolgung einer kurzsichtigen Politik sozialistischen Staaten wie Tanzania die Entwicklungshilfemittel beträchtlich gekürzt und damit Vertrauenskapital, das über lange Jahre hinweg aufgebaut wurde, verspielt. Dies gilt z. B. auch für die seit Jahren vergeblich geforderte Hilfe für die Flüchtlinge aus der Westsahara und die Wiederaufbauhilfe für Vietnam.

These 8
Wahrung der grundlegenden Menschenrechte

Die Entwicklungszusammenarbeit ist auf diejenigen Staaten zu beschränken, die die grundlegenden Menschenrechte (Leib und Leben) als minimale Voraussetzung für das Zusammenleben von Menschen wahren. Regime, die gegen diese elementaren Grundsätze verstoßen, sind daher nicht mehr zu unterstützen. Ausgenommen hiervon ist lediglich die humanitäre Hilfe in extremen Notsituationen sowie die Unterstützung durch nichtstaatliche Organisationen, deren Maßnahmen in der Regel direkt auf unterster Ebene der Gesellschaft ansetzen. Sozialdemokraten sind sich der Tatsache bewußt, daß es auch unter Zuhilfenahme der Berichte internationaler Menschenrechtskommissionen schwierig ist, sich immer ein richtiges Bild vor der tatsächlichen Situation in den einzelnen Ländern zu verschaffen. Es kommt aber entscheidend darauf an, zumindest diejenigen Staaten von der Entwicklungszusammenarbeit auszuschließen, die die grundlegenden Menschenrechte in schlimmster Weise verletzen. Hierdurch wird u. a. verhindert, daß diese durch den Abschluß völkerrechtlich bindender Verträge mit der Bundesrepublik auch noch politisch international aufgewertet werden.

Erläuterungen:
Die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte (Wahrung von Leib und Leben) muß auch als Grundvoraussetzung für das friedliche Zusammenleben der Völker angesehen werden. Als elementare Basis der internationalen Beziehungen bedeutet die Forderung nach Wahrung der grundlegenden Menschenrechte daher auch keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates. Die Einhaltung der darüber hinausgehenden sog. bürgerlichen Menschenrechte wie z. B. die Pressefreiheit sollte aufgrund erheblich voneinander abweichender Vorstellungen – nicht zuletzt durch unterschiedliche Entwicklungswege bedingt – zwar in den Dialog mit eingebracht werden, darf aber nicht als politische Waffe zur Disziplinierung von Entwicklungsländern eingesetzt werden. Ein krasses Beispiel für die Anwendung ungleicher Maßstäbe ist der Vorwurf mangelnder Demokratisierungsbemühungen Nicaraguas seitens der Regierungen der USA und der Bundesrepublik, während gleichzeitig brutalste Menschenrechtsverletzungen in einer Vielzahl anderer Staaten wie z. B. Zaire und der Türkei hingenommen werden.

These 9
Entkolonialisierung

Die historische Phase der politischen Entkolonialisierung nähert sich ihrem Ende. Zentrale Problembereiche sind nach wie vor Namibia und die Westsahara. Es ist eine Verpflichtung der internationalen Gemeinschaft, möglichst schnell eine Regelung herbeizuführen, der das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker entsprechend den Beschlüssen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sowie der Vereinten Nationen zugrundeliegt. Der Abbau der Rassendiskriminierung mit seiner brutalen Unterdrükkung der schwarzafrikanischen Bevölkerung, die Einführung eines allgemeinen und für alle gleichen Wahlrechts sowie Maßnahmen des sozialen Ausgleichs in der Republik Südafrika sind wesentliche Voraussetzung für den Frieden in dieser Region.

Sozialdemokraten setzen sich, vor allem auch im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, dafür ein, daß Sanktionen einschließlich wirtschaftlicher Maßnahmen gegenüber Südafrika ergriffen werden, um nach Jahren vergeblichen Redens einen stärkeren Druck auszuüben und vielleicht doch noch eine Eskalation des Konfliktes zu verhindern. Hierzu gehört eine wirksame Kontrolle der dort tätigen bundesdeutschen Unternehmen, damit diese den EG-Verhaltenskodex einhalten.

Erläuterungen:
Alle Appelle an die Republik Südafrika, das Prinzip der Apartheid aufzugeben und ernsthafte Reformen des politischen Systems mit dem Ziel der Einführung des Wahlrechts nach dem Grundsatz „one man one vote" durchzuführen, müssen als gescheitert angesehen werden. Auch der Erfolg des EG-Verhaltenskodexes für in Südafrika tätige EG-Firmen muß als sehr bescheiden beurteilt werden. Darüber hinaus konnten keine Fortschritte hinsichtlich des Rückzugs der Republik Südafrika aus Namibia erzielt werden. Als konkrete Sanktionen bieten sich daher folgende Maßnahmen an: Einführung des Visumszwangs für Südafrikaner, Kündigung des Investitionsschutzabkommens, Entzug der Landerechte für die südafrikanische Luftfahrtsgesellschaft SAA, Kündigung des Kulturabkommens sowie Verschärfung des Waffenembargos einschließlich strikterer Verhinderung jedes nuklearen Technologietransfers nach Südafrika. Gleichzeitig sind vor allem die Befreiungsbewegungen ANC in Südafrika sowie die SWAPO in Namibia zu unterstützen.

These 10
Unterstützung von Befreiungsbewegungen und Gewerkschaften

In den Entwicklungsländern besteht eine Vielzahl von diktatorischen Regimen, die den größten Teil der Bevölkerung, aber auch oft ethnische Minderheiten brutal unterdrücken und ausbeuten. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik wird in Staaten mit einem solchen politischen System auch in Zukunft jene oppositionellen Kräfte und Befreiungsbewegungen humanitär, wirtschaftlich und politisch unterstützen, die sich für mehr Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich und eine demokratisch legitimierte Regierung einsetzen.

Ebenso ist die Arbeit freier gewerkschaftlicher Vereinigungen zur Förderung von Arbeitnehmerinteressen zu unterstützen.

Erläuterungen:
Eine Partei wie die SPD, deren Mitglieder über lange Jahre hinweg im eigenen Lande verfolgt und ermordet wurden und die ganz wesentlich auf die solidarische Unterstützung im Ausland angewiesen war, sieht es als ihre besondere Pflicht an, ihrerseits jene Oppositionsgruppen und Befreiungsbewegungen zu unterstützen, die ähnliche Ziele hinsichtlich der Verwirklichung einer menschenwürdigen Gesellschaft in diktatorisch regierten Ländern verfolgen. Ein wichtiges Forum ist hierzu die Sozialistische Internationale. Allerdings sollte die Partei angesichts des Verlusts der Regierungsbeteiligung auch die bilateralen Kontakte zu befreundeten oder politisch nahestehenden Parteien in den Entwicklungsländern verstärken.

These 11
Abbau der hohen Rüstungsausgaben

Die weltweiten Ausgaben für Rüstungszwecke sind ständig gestiegen. Inzwischen haben sie auch in den Entwicklungsländern einen erschreckenden Umfang erreicht, während gleichzeitig dringend benötigte Mittel für die Förderung ihrer Volkswirtschaften und insbesondere für soziale Zwecke fehlen. Weltweite Rüstungsbegrenzung sollte auch Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit freimachen. Daher ist jegliche Aufweichung des Kriegswaffenkontrollgesetzes sowie der anderen relevanten Bestimmungen in der Bundesrepublik zu unterbinden. Sozialdemokraten streben an, daß keine Waffenexporte in Länder der Dritten Welt erfolgen und die Errichtung von Rüstungsbetrieben durch bundesdeutsche Unternehmen verhindert wird.

Die strikte Einhaltung einer weltweiten Politik des Verzichts auf Gewalt und Gewaltandrohung ist notwendig, damit Staaten – wie z. B. Nicaragua – sich nicht gezwungen sehen, Aufrüstung zu Lasten der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes zu betreiben. Um den legitimen Sicherheitsbedürfnissen der Länder der Dritten Welt zu entsprechen, müssen z. B. regionale Sicherheitssysteme geschaffen und die friedenssichernde Rolle der Vereinten Nationen gestärkt werden.

Erläuterungen:
Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) sind im Zeitraum 1978–1982 zwei Drittel des internationalen Waffenhandels mit Ländern der Dritten Welt abgewickelt worden. Neben einfachem Prestigedenken ist die Ursache dieser Entwicklung vor allem darin zu sehen, daß die Weltmächte die Austragung des Ost-West-Konfliktes zusehends in die Entwicklungsländer verlagern („Stellvertreterkriege") und daß die Rüstungsindustrien der westlichen Industrieländer sowie der Warschauer-Pakt-Staaten in den Entwicklungsländern wichtige Absatzmärkte sehen. Insgesamt betrugen die Militärausgaben 1982 weltweit 650 Mrd. US-Dollar, die öffentliche Entwicklungshilfe aller Geber in 1981 dagegen lediglich rund 36 Mrd. US-Dollar.

Sozialdemokraten verurteilen vor allem Waffenlieferungen an Staaten wie Chile und Argentinien, die ihre Bevölkerung brutal unterdrücken. Gleichzeitig warnen sie dringend vor Waffengeschäften mit Saudi-Arabien, da hierdurch die Gefahr weiterer militärischer Konflike im Nähen Osten erhöht wird.

Herausgeber: Vorstand der SPD, Abt. Presse und Information, Bonn, Bestell-Nr. 320 374
Druck: Courir-Druck GmbH, Königswinterer Straße 115, 5300 Bonn 3
12 – 84 – A 1 – 15